

## Vorgänge am Dürer-Gymnasium

Diese Stellungnahme beruht auf schriftlichen Mitteilungen der Schulleitung, der Polizei und von RA. Daneben hat die städt. Schulverwaltung zahlreiche Hintergrundgespräche mit Beteiligten geführt, darunter auch Schüler, Mitglieder der SMV, Lehrer und vereinzelt auch Eltern. Daraus ergibt sich ein sehr vielschichtiges Bild der Vorgänge. Um alle Facetten im Schulausschuss darzustellen, wäre bei einer Anwesenheit aller Betroffenen der zeitliche und organisatorische Rahmen der Sitzung deutlich gesprengt worden.

In der Schule finden zudem derzeit zahlreiche Gespräche zur Aufarbeitung der Geschehnisse statt. Die Ergebnisse sind teilweise in den Stellungnahmen zu den Sachhintergründen entnehmbar. Dieser Prozess sollte ungestört weiter laufen. Verbunden mit den technischen Problemen, alle Beteiligte zu Wort kommen zu lassen, wird auf eine Einladung verzichtet und auf die schriftlichen Äußerungen zurückgegriffen.

### **Inhaltliche Themen des Protestes:**

Zunächst wird auf die Zusammenfassung der Forderungen verwiesen (s. Anlage). Demnach gab es einige interne Forderungen und den übergreifenden Protest gegen die Belastungen des G8.

- Zu den internen Punkten wird auf die zeitlich nachfolgenden Beschlüsse, z.B. der Klassensprecherversammlung oder des Schulforums verwiesen (s. Anlage). Mit geringen Modifikationen wurden die Maßnahmen mehrheitlich von den Schülern akzeptiert.
- Das Thema Raumprobleme für die Kollegstufe ist direkte Folge des angespannten Bautenzustandes im Haus (Brandschutzsanierung/KP. II/fehlende Klassenräume, die mit dem Neubau der Turnhalle entstehen sollen).
- Das Thema G 8 ist derzeit in vielen Nürnberger Schulen ein Diskussionspunkt. In anderen Gymnasien fanden interne Diskussionen Lehrer-Schüler-Eltern statt, um die örtlichen Entlastungsmöglichkeiten auszuloten. Zum Belastungsproblem s. Anlage Schreiben 3. BM an Minister Spaenle.

### **Formale Probleme des Protestes:**

Dazu wird auf die verschiedenen schriftlichen Aussagen verwiesen.

#### 1. Schülervertretung Dürer-Gymnasium

Nach verschiedenen Berichten waren Teile der Schülervertretung des DG an der Protestaktion bzw. deren Entwicklung beteiligt. Andere wiederum distanzieren sich davon.

(Schriftliche Stellungnahme ist angekündigt. Lag bei Redaktionsschluss nicht vor.)

Zudem verweisen wir auf die „Beschlüsse der Besetzer“ (siehe Anlage).

## 2. Schulleitung Dürer-Gymnasium

Nach Berichten der Schulleitung des DG war diese vorab nicht über die Schüleraktion informiert worden und wurde erst durch eine Anfrage der Presse am 11.2.2010 morgens darauf aufmerksam gemacht. Die Pressemitteilung wurde bereits am Vortag per Email vom Schülersprecher des DG mit dem Inhalt vage formulierter allgemeiner Forderungen zu aktueller bildungspolitischer Lage gesandt. Die Geschehnisse an diesem Tag aus Sicht der Schulleitung umfassen u.a. folgende Punkte:

- Zwischen etwa 9.30 Uhr und 16.30 Uhr zogen „schreiende“ Schülergruppen durch das Schulhaus, störten Unterricht und besetzten schließlich die Turnhalle. Ab etwa Mittag waren drei der Schule nicht bekannte Personen und Herr Stadtrat Patzelt ebenfalls in der Turnhalle. Dort sprach u.a. Stadtrat Patzelt über das Mikrophon zu den Schülerinnen und Schülern.
- Der Direktor des DG bot den Schülerinnen und Schülern bereits früh mehrmals die Möglichkeit der Diskussion an. Zum späteren Zeitpunkt war die Situation soweit „aufgeheizt“, dass der Direktor des DG eine Stellungnahme zu Forderungen der Schüler in dieser Form nicht abgab. (Stellungnahme der Schulleitung des DG siehe Anlage)

## 3. Polizei

Das Polizeipräsidium Mittelfranken erstellte einen Bericht über die Abläufe aus ihrer Sicht sowie zur Frage 5 des Antrags der Linken Liste vom 24.2.2010 (siehe Anlage).

## 4. Rechtliche Würdigung

Von SchA wurde eine schulrechtliche Stellungnahme zum Verhalten des Herrn Stadtrats Patzelt in Zusammenhang mit den Vorfällen am DG angefordert, da dieses Konsequenzen im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz nach sich ziehen könnte (siehe Anlage). Es ist deutlich hervorzuheben, dass dieses Verhalten rechtswidrig ist.

Neben dieser rechtlichen Würdigung ist anzumerken, dass es bislang einen Konsens unter den demokratischen Parteien im Rat gab, sich nicht in Schulen politisch zu betätigen, wenn keine Einladung durch die Schule offiziell erfolgt war. Politische Diskussionen waren immer im klar definierten Rahmen üblich.

Die Schulleitungen haben in Nürnberg einen klaren Kurs gegen Betätigungen politischer Parteien eingehalten. Insbesondere gegen die Verteilung von CDs mit extremistischen Inhalten wurde konsequent vorgegangen. Um hier Glaubwürdigkeit zu behalten, sind Auftritte jeglicher Art klar zu unterbinden.

## Beschlüsse der Besetzer des Dürer-Gymnasiums

### **Interne Forderungen:**

#### Blauscheine:

Wir fordern Blauscheine erst ab einer Verspätung von 5 oder mehr Minuten.

Sollte ein Schüler weniger zu spät kommen geht mehr Unterrichtszeit durch das Holen des Blauscheins verloren.

Blauscheine dürfen nur dann erteilt werden wenn der Schüler für das zu späte Eintreffen in der Schule verantwortlich ist.

Weiterhin kritisieren wir das die Ausführung der bestehenden Regelung, stark vom Gemüt der Lehrkraft abhängig ist, da sie entscheidet ob ein Blauschein vorgelegt werden muss oder nicht.

#### Alternative Strafen:

Verweise o.Ä. sollen nur noch in Ausnahmefällen gegeben werden.

Stattdessen sollen mehr direkt mit dem Fehlverhalten verbundene Strafen angewendet werden, aus welchen die gesamte Schulgemeinschaft einen Vorteil erhält.

#### 10% Regel:

Wir fordern die Sofortige Abschaffung der 10% Regel. Die Gründe hierfür sind dem Direktorat seit Jahren bekannt, werden in Schulforen aber immer wieder unter den Tisch gekehrt.

#### Kollegstufenzimmer

Wir fordern den Erhalt des Kollegstufenzimmers, es muss einen Raum geben in dem die Kollegiaten die Möglichkeit haben sich auf den Unterricht vorzubereiten und ihre Freistunden zu verbringen.

#### Straffreiheit:

Jedem sollte wie in unserer Verfassung in Artikel 110 geregelt, das Recht gegeben werden seine Meinung ohne Angst vor Strafen auszudrücken.

#### Mittagessen:

Kinder aus sozial schwachen Familien sollen frei in der Mensa essen dürfen.

Tischtennisplatten: Diese wurden der Unterstufe vor langer Zeit versprochen, sie sind bis heute nicht eingetroffen. Das muss sich ändern

### **Externe Forderungen:**

Diese Besetzung zielt auch auf eine Veränderung in der Bildungspolitik ab.

#### Entrümpelung des Lehrplans und weniger Leistungsdruck:

Das G8 überfrachtet den Schüler mit, in der verfügbaren Zeit nicht zu lernendem Stoff.

Wir fordern eine drastische Kürzung des Lehrplans.

#### Langfristig, Eine Schule für Alle:

Nur auf einer Einheitsschule kann individuelles Lernen erfolgen

#### Die Staatsausgaben für den Bildungssektor müssen erhöht werden:

Nur auf diesem Weg ist es möglich den Lehrer-, Pädagogen- und Raummangel an den Schulen zu lösen.

## Geschehnisse am 11.02.2010

Früh am Morgen wurde Dr. Schminke überrascht durch eine Anfrage von Antenne Bayern, ob die Schule besetzt sei. Auf Nachfrage war der zuständige Redakteur bereit, der Schule die Email zu übermitteln, die T.W. bereits am Vortag an div. Presseorgane geschickt hatte.

Die SMV hatte den Tagesordnungspunkt „Schulbesetzung“ in der SVV zugelassen, die SL war nicht informiert. Schülersprecher N.M. distanzierte sich von einer Schulbesetzung, fühlt sich aber einem Mehrheitsbeschluss verpflichtet. Wie die Abstimmung gegen Ende der Mittelstufen-SVV ausgefallen ist, ist mir nicht bekannt.

T. Jeugnete, im Direktorat wegen der Email zur Rede gestellt, zunächst, gab dann aber zu, die Email geschrieben zu haben, nachdem ich ihm angedroht hatte, mit einer Anzeige gegen Unbekannt würde ich sehr schnell erfahren, wer die Email verfasst hat. So entstand die Aussage der Presse, ich würde mit Anzeigendrohungen die freie Meinungsäußerung unterdrücken.

Nach der 1. Pause war eine Gruppe von ca. 50-60 Schülern/innen der Mittelstufe nicht bereit, in den Unterricht zu gehen, sondern zog schreiend durch die Gänge mit der Absicht, den laufenden Unterricht zu stören. Einige Kollegen/innen haben sich und ihre Klasse durch Absperren der Zimmertür zu schützen versucht, was in der Presse als Einsperren von Schülern interpretiert wurde.

Die mehrfache Aufforderung an diese Gruppe verbunden mit dem Angebot, zum Diskutieren in mein Zimmer zu kommen, wurde weitgehend ignoriert, lediglich 3 Schüler/innen, darunter zwei Schülersprecher kamen zu einer kurzen Aussprache.

Zu meiner Überraschung rief relativ früh am Vormittag die Wache West an mit der Frage, ob die Schule einen Einsatz bräuchte wegen der Besetzung. Die Wache West war vom Präsidium verständigt worden, die Schule hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht an die Polizei gewandt. Mit der Wache West wurde vereinbart, dass die Schule zunächst versucht, die Angelegenheit selbst zu regeln, eine Besetzung lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.

Die Gruppe Mittelstüfler drang dann in die laufende SVV der Oberstufe in die Turnhalle ein, verließ diese aber auf Bitten von N. wieder, nachdem ich angedroht hatte, die SVV sofort zu beenden, wenn die Mittelstüfler hierblieben. Die Gruppe zog dann weiter durch die Gänge, wobei sich einige hervortaten, indem sie Zimmertüren aufrißen, um den Unterricht zu stören. Konkret traf dies auf K.G. und K.D. zu.

(Immer wieder hatte ich mit Pressevertretern zu tun, vor Ort mit Fr. [REDACTED] (NN), Radio Gong und Hörfunk Franken, telefonisch mit Fr. [REDACTED] (NZ), div. weiteren Vertretern der NN und Hr. [REDACTED] (Neues Deutschland).)

In der Situation der 4. Stunde sah ich mich gezwungen, die SVV der Unterstufe kurz vor 11.00 Uhr abzusagen.

Nach Ende der Oberstufen-SVV besetzte dann eine Gruppe von ca. 45 – 50 Schülern, vorwiegend Mittelstüfler, einige Oberstüfler und wenige Unterstüfler um 11.00 Uhr die Turnhalle. Das Wort führten, soweit erkennbar J.F., T.W., K.D. und K.G.. Mehrfach, in z.T. nicht angemessenem Ton wurde ich aufgefordert, in die Turnhalle zu kommen und Stellung zu nehmen. Dies habe ich abgelehnt, weil ich mich in der aufgeheizten Stimmung nicht vorführen lassen wollte.

*(Im Vorfeld hatte ich nachgefragt, ob die SMV mich eingeplant hätte, bei der SVV aufzutreten. dies war verneint worden. Es bestand außerdem das Angebot, mich jederzeit zu holen, was nicht stattfand.)*

In der Turnhalle hatten sich um die Mittagszeit auch drei fremde Personen mit eingefunden (Studenten der Ohm-FH?) sowie auch ein Herr, der das Mikrophon in der Hand hielt und kräftig Wort führte und sich mir als Stadtrat Patzelt vorstellte. Auf meine ausgesprochene Verwunderung, warum er hier spreche, sich nicht angemeldet und vorgestellt habe, reagiert er mit der Aufforderung, ich könne ihn ja anzeigen, um

dann sofort weiter Stellungnahmen von mir zu fordern und mich, nachdem ich das abgelehnt hatte, direkt anzugreifen.

Nach Beobachtung von Hr. Dr. Schminke stachelte er anschließend die Schüler an und forderte sie auf durchzuhalten.

Die Schüler richteten sich in der Turnhalle im Stil der Hörsaalbesetzungen ein, das Podium stand voller Waren, überwiegend aus einem benachbarten Lebensmittelmarkt, die wohl von Schulfremden finanziert worden waren. Aufforderungen, die Turnhalle zu verlassen, wurden ignoriert.

Auf die Bedingung der Schüler, wenn ich allen zusichern würde, keinerlei Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen, würden sie gehen, konnte und wollte ich mich nicht einlassen.

Letztlich sah ich mich gegen 14.30 Uhr gezwungen, die Polizei einzuschalten, mit der Bitte, die Halle zu räumen, da ab 18.00 Uhr das Haus für die Eltern zum Infoabend Modellklassen geöffnet sein sollte. Die Polizei agierte sehr ruhig und umsichtig, den Schülern wurde die Rechtslage erläutert und in ruhigem Ton das Verlassen der Halle nahegelegt.

Zwischenzeitlich konnte ich Kontakt mit dem MB und dem Kultusministerium aufnehmen, die Situation schildern und das generelle Vorgehen abstimmen. Die Linie, keine absolute Straffreiheit zu versprechen, wurde von beiden Herren als richtig bezeichnet.

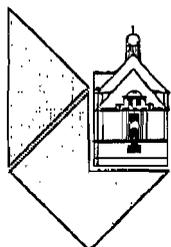
Auch die Bemühungen der Polizei führten nicht zum Erfolg. Um 16.00 Uhr wurde ich dann von den Polizeibeamten in die Halle gebeten, um förmlich von meinem Hausrecht Gebrauch zu machen, was Voraussetzung für einen Einsatz stärkerer Polizeikräfte war. Nach kurzer Diskussion um die Folgen (Anzeige gegen alle weg. Hausfriedensbruchs) und der Benennung derer, die mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen haben (T., G. und K.), erklärten die drei, sie würden das auf sich nehmen, die anderen sollten keine Anzeige riskieren. In dieser Phase stellte J.F. lautstark fest, dass ja auch die Tischtennisplatte, die man seit langem gefordert habe, noch nicht im Hof stehe.

Aufgrund des massiven Drucks und der Aufforderung der Hauptbetroffenen löste sich die Besetzung dann gegen 16.30 auf, ohne dass es zu einer Räumung gekommen war und die Reinigung der Turnhalle und des Vorraums für den Infoabend konnte beginnen.

Hauenstein



499112311621



# DÜRER-GYMNASIUM NÜRNBERG

Naturwissenschaftlich-technologisches und Sprachliches Gymnasium

Dürer-Gymnasium Sielstraße 17 90429 Nürnberg

## Zusatzinfos zu den Ereignissen im Nachgang zum 11.02.2010

Aus der vorab durch den Schülersprecher T. W. [REDACTED] an die Medien gesendeten Email ist klar abzulesen, dass es zunächst um recht vage formulierte allgemeine bildungspolitische Zielsetzungen ging. Erst nach der Besetzung haben sich die Besetzer überlegt, welche Forderungen sie stellen wollen. Dabei wurden dann auch schulinterne Dinge mit in die Diskussion eingebracht. Anderslautende Aussagen entsprechen nicht den Tatsachen.

Am 03.03.10 hatte die Schulleitung zu einem Gespräch Schüler-Schulleitung eingeladen, um zu erfahren welche „Missstände“ die Schüler eigentlich meinen, von denen gesprochen worden war. Es stellte sich heraus, dass offensichtlich viele Schüler der Mittelstufe über kritisierte Regelungen nicht oder nicht richtig informiert waren und auch viele Schüler ganz anderer Meinung waren als die sog. „Besetzer“. Der Stadtschülersprecher J.-P. F. [REDACTED] hat im Laufe dieser Unterredung eingeräumt, dass er im Zusammenhang mit der Absenzenregelung für die Oberstufe gelogen hat. Dies haben der mit mir anwesende Stellvertreter, Herr Dr. Schminke, sowie alle anwesenden Schüler gehört.

Am 10.03.10 fand eine Klassensprecherversammlung der Mittel- und Oberstufe statt, bei der der Text der Absenzenregelung, die zu einem der „Missstände“ hochstilisiert worden war, an alle Klassenvertreter verteilt wurde und auf das Drängen des Schulleiters hin, der bei dieser KSV anwesend war, auch Lesezeit eingeräumt wurde. Die anschließende Diskussion und Abstimmung konnte somit in Kenntnis der Fakten ablaufen. Die KSV stimmte mit deutlicher Mehrheit für die Beibehaltung der geltenden Regelung.

Auch die Blauscheinregelung, die an der Schule schon vor meiner Zeit existierte, wurde mit großer Mehrheit bestätigt.

(Jeder Schüler, der zu spät kommt, geht direkt ins Sekretariat, wird dort erfasst und bekommt einen blauen Zettel DIN A6, auf dem seine Meldung bestätigt wird. Der Schüler geht in die Klasse, gibt der Lehrkraft den Blauschein, setzt sich und nimmt am Unterricht teil. Der Unterricht wird nicht weiter gestört, die Lehrkraft muss nicht nachfragen. Die Stufenbetreuer kontrollieren von Zeit zu Zeit die Einträge und schreiben in der Unterstufe bei mehrmaligem Zuspätkommen zunächst einen Hinweis, später auch einen Verweis. In der Mittelstufe gibt es nach mehrmaligem Zuspätkommen gleich einen Verweis.)

Das Schulforum hat am 10.03.10 die von den Schülern gewünschte Präzisierung bei der Ahndung des Zuspätkommens beschlossen: In der Unterstufe nach viermaligem Zuspätkommen der Hinweis, nach achtmaligem den Verweis, in der Mittelstufe nach siebenmaligem Zuspätkommen den Verweis. Neben der nur geringfügigen Unterrichtsstörung ist die weitestgehende Gleichbehandlung aller Schüler ein weiterer Vorteil dieser Regelung.

Am 16.03.10 fand eine Gesprächsrunde unter Beteiligung des Elternbeirats, von Schülervertretern, des Kollegiums und der Schulleitung statt, bei der noch einmal die Vorkommnisse diskutiert und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Parteien sowie weitere Ausspracherunden vereinbart wurden. Verschiedene Verantwortliche wurden festgelegt, um die konkrete Vorgehensweise zu planen.

18.3.10

*Hänlein*



Telefon 0911 231 1620 Fax 0911 231 1621 E-Mail [sekretariat@duerer-gymnasium.de](mailto:sekretariat@duerer-gymnasium.de)  
Homepage: [www.duerer-gymnasium.de](http://www.duerer-gymnasium.de)

## **Stellungnahme zum Verhalten von Herrn Patzelt am 11.02. in der Turnhalle des Dürer-Gymnasiums Nürnberg**

Herr Patzelt hat am frühen Nachmittag des 11.02.

→ mehrmals penetrant versucht, an das Mikrofon zu kommen, als Hr. Holzmann versöhnlich mit den Schülern sprach, indem er dem redenden Hr. Holzmann wiederholt ans Mikrofon griff.

Als er das Mikrofon dann hatte, hat er

→ die Schüler in erregtem Ton aufgefordert, durchzuhalten, weiterzukämpfen, nicht aufzugeben.

Dieses Verhalten war nicht nur angesichts der Tatsache, dass sich ein Außenstehender derart aufspielt, befremdlich; ich hätte besonders von einem Mitglied des Stadtrates auch erwartet, dass er – demokratisch geschult – souveräner und konstruktiver auftritt (dass er beispielsweise die Schüler berät, ihre Forderungen doch einmal zu Papier zu bringen).



---

Nürnberg, 17.03.10,  
Dr. Michael Schminke,  
OStR, Stellv. Schulleiter

### **Zum Vorfall am 11.2.2010 (Stadtrat Patzelt)**

Als ich mich am 11.2.2010 in der Turnhalle mit den Schülern um ca. 14 Uhr 45 wegen der Räumung unterhielt, erschien Herr Patzelt und stellte sich als Stadtrat vor. Er sei von dem Schüler T [REDACTED] W [REDACTED] über die Vorgänge am Dürer-Gymnasium informiert worden und hier erschienen, um diese Aktion zu unterstützen, sagte er zu mir.

Kurze Zeit später übernahm er das mobile Mikrofon und ermunterte die verbliebenen Schülerinnen und Schüler, sowie die Studenten von der Ohm Fachhochschule mit Durchhalteparolen, ihre demokratischen Rechte zu wahren.

Als Herr Hauenstein in der Turnhalle erschien, warf Herr Patzelt ihm undemokratisches Verhalten vor, und forderte ihn provokativ auf, den Schülern und Schülerinnen Rede und Antwort zu stehen.

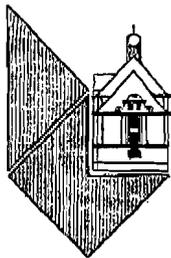
Herr Hauenstein, der Herrn Patzelt nicht kannte, ließ sich - auch wegen der anmaßenden Haltung von Herrn Patzelt - nicht auf dieses Verlangen ein.

Ich verließ dann die Turnhalle.

2010-03-16

Holzmann

+499112317450



# DÜRER-GYMNASIUM NÜRNBERG

Naturwissenschaftlich-technologisches und Sprachliches Gymnasium

Dürer-Gymnasium Sieselstraße 17 90429 Nürnberg

An den  
Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg  
Dr. U. Maly

OBERBÜRGERMEISTER		
25. FEB. 2010 / Nr. 229		
3.34	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
	z.w.V.	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen X

**Bürgermeister**  
Geschäftsbereich Schule

02. MRZ. 2010 25.02.2010

weiter an: *S.S.D. z.z. Thesen für SchA 16.4.*

m.d.B. um Rücksprache

z.w.V.  z.K.

Zur Stellungnahme

Antwort zur Unterschrift

für .....

Wv. *15.3.10*

Kopie an: .....

.....

Dürer-Gymnasium – Herr Stadtrat Patzelt

Sehr geehrter Herr Dr. Maly,

wie ich der Zeitung (NN vom 25.02.2010) entnehmen darf, drängt Herr Patzelt darauf, die Vorgänge an der Schule vom 11.02.2010 im Stadtrat behandeln zu lassen. Soweit dies in der Presse richtig dargestellt wird, soll dies im Rahmen einer Schulausschusssitzung auch geschehen. Ich erlaube mir deshalb, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden.

Herr Patzelt ist an diesem 11.02.2010 ohne Genehmigung und ohne Wissen der Schulleitung in das Dürer-Gymnasium eingedrungen, hat sich in der Turnhalle der Schule eines Mikrophons bemächtigt und entgegen der Darstellung in der Presse agitiert und die Schüler zum Durchhalten aufgefordert. Hierfür lassen sich viele Schüler als Zeugen benennen, auch mein Stellvertreter hat dies so erlebt. Mich selbst wollte er, als ich ihn bei einem meiner Besuche in der Turnhalle dort antraf, zu irgendwelchen Stellungnahmen nötigen und hat mich, als ich dies verweigerte, öffentlich in einer - sagen wir - im öffentlichen Rahmen nicht üblichen Weise angegangen. Seine Darstellungen im Nachhinein, die ich allerdings nur der Presse entnehmen kann, haben zumindest den Ruch der üblen Nachrede.

Deshalb bitte ich Sie, auch das Verhalten des Stadtrats Patzelt in einem geeigneten Ausschuss als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

*Hauenstein*  
(Hauenstein)  
Oberstudiendirektor

SchA

03. MRZ. 2010

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

091121121605

# Polizeipräsidium Mittelfranken

## Abteilung Einsatz - Abschnitt Mitte



Polizeipräsidium Mittelfranken, Jakobsplatz 5, 90402 Nürnberg

Stadt Nürnberg  
 Amt für Allgemeinbildende Schulen  
 Hauptmarkt 18  
 90403 Nürnberg

Ihr(e) Zeichen:  
 SchA/D

Bitte bei Antwort angeben

Unser(e) Zeichen:  
 5016-1721

Durchwahl:  
 0911/2112-1053

Sachbearbeiter/-in:

Endres, KHK

Nürnberg

30.03.2010

Ihre Nachricht vom:  
 10.03.2010

Unsere Nachricht vom:

Telefax:  
 0911/2112-1055

Zimmer-Nr.:

### Vorgänge am Dürer-Gymnasium

Sehr geehrter Herr Hieronymus,

in Ihrem o. g. Schreiben bitten Sie uns um einen Bericht über die Abläufe aus unserer Sicht sowie um die Beantwortung der Frage 5 des Antrages der Linken Liste vom 24.02.2010.

Zum Ablauf ist Folgendes zu sagen:

Am 11.02.2010, um 10.50 Uhr, erhielt die PI Nürnberg-West den Auftrag, sich mit der Schulleitung des Dürer-Gymnasiums in Verbindung zu setzen.

Um 11.00 Uhr klärte der Schulverbindungsbeamte der PI Nürnberg-West mit dem Schulleiter des Dürer-Gymnasiums, Herr Hauenstein, den Sachverhalt im Zusammenhang mit der Vollversammlung der Schülermitverwaltung telefonisch ab. Der Schulleiter erklärte, dass nach Ende der Vollversammlung ca. 40 Schüler durch das Schulgebäude gezogen wären, sich in der bestuhnten Turnhalle niedergelassen und diese für besetzt erklärt hätten. Polizei würde jedoch derzeit nicht benötigt werden.

Die nächste Kontaktaufnahme erfolgte um 13.50 Uhr. Der Schulleitung war es bis dahin nicht gelungen, die Schüler zum Verlassen der Turnhalle zu bewegen. Da um 18.00 Uhr des gleichen Tages in der Turnhalle eine mittel-

Dienstgebäude u.  
 Paketpostanschrift  
 Jakobsplatz 5  
 90402 Nürnberg

Öffentliche Verkehrsmittel:  
 U - Bahn-Linien 1 und 11  
 Haltestelle Weißer Turm

Erreichbarkeit:  
 Telefon: (0911) 2112-0  
 Telefax: (0911) 2112-1445  
 CNP: 7-600-0

Internet:  
<http://www.polizei.bayern.de/ppmfr/>

E-Mail:  
[pp-mfr.nuernberg.pp@polizei.bayern.de](mailto:pp-mfr.nuernberg.pp@polizei.bayern.de)

Konto der Zahlstelle:  
 Staatsoperkasse Bayern  
 Bu. St.: Ansbach  
 Bay. Landesbank München  
 Konto 1 279 280  
 BLZ 700 500 00

Briefpostanschrift:  
 90331 Nürnberg

091121121605

Seite 2

frankenweite Informationsveranstaltung stattfinden sollte, sei es nach Auskunft der Schulleitung zwingend notwendig, die Turnhalle rechtzeitig vorher frei zu machen.

Um 14.20 Uhr trafen Beamte der PI Nürnberg-West (darunter der Schulverbindungsbeamte) in der Schule ein und sprachen das weitere Vorgehen mit dem Schulleiter ab. Herr Hauenstein erklärte, ab sofort von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Seine Vorstellung sei, dass nun keine schulfremden Personen das Gebäude mehr betreten dürften. Deshalb wurden auf seine Weisung durch den Hausmeister der Schule alle Eingänge bis auf den Südeingang versperrt. An diesem einzig verbliebenen Zugang wurde durch einen Lehrer zu diesem Zweck Personen kontrolliert. Dem Lehrer standen zur Unterstützung des Hausrechts zwei uniformierte Polizeibeamte zur Seite.

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ca. 35 Schüler in der Turnhalle. Nach Auskunft der Schulleitung handelt es sich bei ihnen überwiegend um Schüler der Mittelstufe und einige wenige ältere Schüler der Oberstufe. Daneben hielten sich auch einzelne schulfremde Personen in der Turnhalle auf. Den anwesenden Schülern wurde im Beisein von Lehrkräften von Mitarbeitern der Polizei die Rechtslage in Bezug auf das Hausrecht des Schulleiters erläutert.

Der Nürnberger Stadtrat, Herr Patzelt, der sich als schulfremde Person in der Turnhalle bei der Schülerversammlung aufhielt, verließ um 15.20 Uhr die Turnhalle und wollte sie kurz darauf wieder betreten. Herr Hauenstein bestand darauf, dass zu diesem Zeitpunkt keine schulfremden Personen die Turnhalle betreten durften, weshalb Herrn Patzelt von der Polizei im Beisein eines Lehrers der Einlass verwehrt wurde. Zwischenzeitlich versuchten schulfremde Personen über die äußere Umzäunung von der Reutersbrunnenstraße in das Schulgelände zu gelangen, was von einer Polizeistreife bemerkt und unterbunden wurde.

Gegen 16.30 Uhr verließen alle Schüler die Turnhalle freiwillig. Polizeiliche Maßnahmen zur Durchsetzung des Hausrechts waren nicht erforderlich.

Frage 5 des Antrages der Linken Liste: „Warum hat die Polizei diesen Einsatz durchgeführt, obwohl die Durchsetzung des Hausrechts nicht ihre Sache ist?“

Neben der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ist auch der Schutz privater Rechte Aufgabe der Polizei nach dem Polizeiaufgabengesetz (PAG). Das private Recht, welches es in diesem konkreten Fall zu schützen galt, war das Hausrecht des Schulleiters. Der Schutz privater Rechte ist an zwei Voraussetzungen gebunden.

Zum einen darf gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig erreicht werden. Für den Schulleiter war es in dieser konkreten Situation nicht möglich, rechtzeitig gerichtlichen Schutz (z.B. Klage bei einem Zivilgericht) zu erlangen, da die Turnhalle bis spätestens 18.00 Uhr für eine Folgeveranstaltung frei sein musste.

Zum anderen wäre ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts, hier des Hausrechts des Schulleiters, vereitelt oder zumindest wesentlich erschwert worden. Die Polizei war bei der Zugangskontrolle am Südausgang für die anwesende Lehrkraft unterstützend tätig, indem sie schulfremden Personen den Zutritt verwehrt. Ohne das polizeiliche Einschreiten wäre dies nicht möglich gewesen und somit das Hausrecht vereitelt worden.

Im Zusammenhang mit dem Freimachen der Turnhalle waren polizeiliche Maßnahmen nicht erforderlich, da die anwesenden Schüler diese nach Absprache mit der Schulleitung freiwillig räumten.

Mit freundlichen Grüßen



Hermann Guth  
Polizeidirektor

RA/En

**Anfrage der Linken Liste zur Stadtratssitzung am 10.3.2010  
Vorgänge im Dürer-Gymnasium am 11.2.2010**

I.

*1. Sachverhalt*

SchA bittet RA um eine schulrechtliche Stellungnahme zum Verhalten eines Stadtrats (hier: Herrn Stadtrat Patzelt) im Zusammenhang mit der Besetzung der Turnhalle des Dürer-Gymnasiums durch Schülerinnen und Schüler der Schule.

Im Rahmen dieser Vorgänge hielt Herr Stadtrat Patzelt in der Turnhalle eine Rede vor den dort anwesenden Schülern und forderte diese zum Durchhalten auf, machte sich deren, insbesondere an den Landesgesetzgeber gerichteten bildungspolitischen Forderungen zu Eigen und drückte die Unterstützung der Partei der LINKEN hierfür aus. Der Auftritt von Herrn Patzelt geschah ohne vorherige Information oder Zustimmung der Schulleitung. Nach Sperrung des Zugang der Halle durch die Polizei und der Aufforderung diese zu verlassen, verließ Herr Patzelt die Halle.

*2. Rechtliche Würdigung*

Das Verhalten von Herrn Patzelt verstieß als unzulässige politische Werbung gegen Art. 84 Abs. 2 des Bayer. Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG).

Art. 84 Abs. 2 BayEUG verbietet politische Werbung auf dem Schulgelände und im Rahmen von Schulveranstaltungen. Bei dem Auftritt von Herrn Patzelt handelt es sich um eine unzulässige politische Werbung im Sinne des Gesetzes. Solche sind alle politischen Meinungsäußerungen in der Schule, die primär der gezielten politischen Meinungsbeeinflussung durch eine Partei dienen; dies gilt insbesondere, wenn sie geeignet sind; entsprechende Gegenreaktionen und Gruppenbildungen zu provozieren und so die Schule zu einer Stätte des politischen Kampfes zu machen (Kiesl/Stahl, BayEUG, Art. 84 Rn. 12). Eine konkrete oder gar nachhaltige Störung des Schulbetriebes ist keine zwingende Voraussetzung für die Feststellung einer politischen Meinungsäußerung als unzulässige politische Werbung (BayVGH, NVwZ 1994, 922).

Herr Patzelt hielt sich im vorliegenden Fall nicht allein beobachtend oder zu Informationszwecken auf dem Schulgelände auf, sondern wirkte aktiv mit dem Ziel einer Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler im Sinne der politischen Ziele der Partei DIE LINKEN auf diese ein. Sein Verhalten war dazu geeignet, eine politische Gruppenbildung an der Schule zu bewirken und zielte bewusst darauf, diese zu einer Stätte des politischen Kampfes für die Ziele seiner Partei bzw. die von ihr vertretenen bildungspolitischen Inhalte zu machen. Es handelte sich damit eindeutig um unzulässige politische Werbung. Dies würde selbst dann gelten, wenn er sich im Rahmen seiner Rede nicht eindeutig als Vertreter der LINKEN zu erkennen gegeben hätte. Denn ausreichend ist die von meinungsbildenden Elementen getragene Werbung für bestimmte politische Aktionen, wie hier den von der LINKEN mitgetragenen Schülerstreik (BayVerfGH 34, 83, 85).

Auch die Tatsache, dass diese politische Werbung im Rahmen einer Protestveranstaltung der Schüler erfolgte, ändert an der Tatsache des Verbots nichts. Denn das Verbot der politischen Werbung gilt - unabhängig davon, ob es sich um eine Schulveranstaltung handelt oder nicht - auf dem gesamten Schulgelände. Es gilt auch unabhängig von den damit verbundenen Inhalten. Denn anders als die grundsätzlich auch in Schulen erlaubte (bloße) politische Meinungsäußerung, ist eine politische Werbung nicht mit der durch das grundrechtlich geschützte Erziehungsrecht der Eltern gebotenen politischen Neutralität vereinbar (vgl. hierzu Kiesl/Stahl, BayEUG, Art. 84 Rn. 16 m.w.N.). Dieses gebietet, jeden Anschein einer von der Schule ausgehenden oder ihr geduldeten einseitigen politischen Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler zu vermeiden (vgl. hierzu BayVGH NVwZ 1994, 922).

II. SchA/L

Nürnberg, den 22.3.2010  
Rechtsamt  
i.A.



Engelbrecht  
5305

<b>SchA</b>	
Eing.	<b>24. MRZ. 2010</b>
weiter .....	
<input type="checkbox"/> m. d. B. um Rücksprache	
<input type="checkbox"/> z. w. V.	<input type="checkbox"/> z. K.
<input type="checkbox"/> zur Stellungnahme	
<input type="checkbox"/> Antwort zur Unterschrift für	
WV	.....
Kopie an:	.....
.....	

**BÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG**

Dr. Klemens Gsell

Geschäftsbereich Schule

Herrn Staatsminister  
Dr. Ludwig Spänle  
Salvatorstr. 2  
80333 München

1. März 2010

Schülerunruhen, G 8

Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Ludwig,

mit großer Sorge beobachte ich zur Zeit die wachsenden Schülerproteste in Nürnberg. Eventuell wurde es Dir berichtet, dass am Dürer-Gymnasium eine Besetzung des Schulhauses durch Schüler nur mit Polizei beendet werden konnte. Ähnliche Aktionen z. B. am Neuen Gymnasium waren zwar von den Abläufen her friedlicher, im Inhalt und in der Protestschärfe der Schüler aber gleichlautend.

Dabei wenden sich die Schüler gegen die Arbeitsbelastungen durch das G 8, insbesondere in den beiden Abschlussklassen. Auch wenn in der Öffentlichkeit über Arbeitsbelastung von Schülern immer mit einem gewissen Naserümpfen berichtet wird, so glaube ich, dass die Schüler Recht haben und sehe daher die Argumentationen, die teilweise auch vom Ministerium verbreitet werden, sehr kritisch.

Es ist in den ganzen Jahren seit Einführung des G 8 nicht gelungen, das Grundproblem der gestiegenen Arbeitsbelastung der Schüler zu beheben.

Im G 8 wurde gegenüber dem G 9 die Stundenzahl in jeder Jahrgangsstufe erhöht. In den Klassen 5 bis 10 sind dies im Schnitt zwischen 10 und 15 % mehr Stunden.

In den beiden Abschlussjahren wird dieser Unterschied noch gravierender. So ist im alten Kollegstufensystem die Mindestbelegstundenzahl für die 4 Semester auf 108 Stunden festgelegt gewesen. Im Bereich des G 8 ist diese Mindestzahl auf 132 Stunden angewachsen. Die Schüler haben also rein zeitmäßig in den normalen Wochen 22 % mehr Unterrichtsstunden.

Um mathematisch auf eine ähnliche Belastung, wie in den vergangenen Jahrzehnten im G 9 zu kommen, müsste diese Schulmehrbelastung durch erheblicher weniger häusliche Nacharbeit ausgeglichen werden. Genau das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil bestätigen mir alle Praktiker und Schüler, dass die Stofffülle zwingt, pro Stunde mindestens mit derselben Intensität vor- und nachzubereiten, wie im alten G 9-System. Wenn aber 22% mehr Stunden gehalten werden, bedeutet dies rein rechnerisch eine Ausweitung der Schülerbelastung um genau dieselbe Zahl.



Bei dieser Aussage habe ich mich jedoch nicht nur auf die Informationen von zahlreichen Praktikern verlassen, sondern selbst versucht, mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln, die Stofffülle zu quantifizieren. Dabei sind im Ergebnis insbesondere die Neusprachler „erfolgreich“ gewesen, den Stoff auszuweiten.

Ich will dies beispielhaft an der 1. Fremdsprache Englisch darstellen. Im alten G 9 war im Lehrplan klar definiert, wie viele lexikarische Einheiten (= Vokabeln) pro Jahr zu lernen waren. Aufsummiert ergab dies 3100 Vokabeln für die Klassen 5 – 10.

Der Lehrplan für das G 8 sieht keine verbindliche Wortschatzgestaltung mehr vor. Dies wurde auf die Lehrplankommission übertragen, die die jeweiligen Bücher zuzulassen habe. So jedenfalls die Aussage Deines Ministeriums (s. E-Mail vom 23. Feb. 2010). Mit etwas Mühe gelang es mir herauszufinden, dass das am häufigsten verwendete Buch „Greenline“ in den Jahren 5 – 10 insgesamt 3200 – 3250 Einheiten (Vokabeln) verlangt. Hinzu kommen in der 5. Klasse noch 250 weitere Vokabeln, die als bekannt aus der Grundschule vorausgesetzt werden. Dies ist in der Praxis natürlich nicht der Fall. Im Ergebnis müssen die Gymnasiasten im G 8 in den gleichen Jahren wie im G 9, 450 – 500 Vokabeln mehr lernen. Das ist ungefähr die Menge der Vokabeln, die in der Vergangenheit in der 7. und 8. Klasse jeweils neu zu lernen war.

Auch grammatikalisch wurde nichts entlastet. Zwar verweist Dein Ministerium immer wieder darauf, dass manche Einheiten dieser Bücher lediglich optional behandelt werden müssten. Dies wird jedoch von den Praktikern als blanker Zynismus bezeichnet. Tatsache ist, dass in den nachfolgenden Jahrgängen auf jede der vorherigen Lektionen zurückgegriffen wird. Es ist nicht möglich, grammatikalische Einheiten aus einzelnen Einheiten schlichtweg wegzulassen.

Ich habe mir im Fach Englisch (Unterstufe) einige Grammatikbeispiele herausgesucht. An Hand dieser Beispiele kann man auch als Nicht-Fachmann wunderbar nachvollziehen, dass den Kindern in einem Lernstadium, wo noch nicht einmal die Grundlagen (Satzstellung S-P-O, Umschreibung mit to do, 3. Pers. Sgl. 's') sitzen, reiner Lernstoff (Unterscheidung zw. 2 versch. Futurformen, 2 versch. "müssen") eingehämmert wird. Dieser Stoff verwirrt und hält davon ab, die Grundlagen fundiert zu vermitteln. Dazu fehlt dann die Zeit.

Im alten G 9 Lehrplan spielte z.B. die Unterscheidung der Futurformen (will/ going to) keine große Rolle und schon gar nicht zu Beginn des 2. Lernjahres. Muttersprachler sehen auch keinen großen Unterschied im Gebrauch. Der neue Lehrplan verlangt das Auswendiglernen zahlreicher Signalwörter für die Weichenstellung der jeweiligen Futurform. Bilden wir Sprachwissenschaftler aus oder ist das Ziel, die Schüler/innen zu befähigen, in der Fremdsprache verständlich zu kommunizieren? Solche Feinheiten sind was für die Uni aber nicht für das Gymnasium! (Ähnliches gilt übrigens auch für Französisch, wo der Subjunktiv in keiner französischen Publikation mehr zu finden ist, aber bei uns Stoff des 2. Lernjahres in dieser Sprache ist). Im Deutschen lernt auch keiner mehr das 2. Futur und in der Fremdsprache machen wir solche Extrema zum Stoff und das am Anfang der Sprachlernzeit!

Nicht nur die Grammatik und die Vokabeln wurden ausgeweitet. Auch die Prüfungstechnik und -anforderungen sind zu Lasten der Schüler verändert. Du und ich waren es als Schüler gewohnt, bei sog. Exen und Abfragen nur den Stoff der letzten Stunde präsentieren zu müssen. Heute werden signifikante Anteile von sog. Grundwissen aus den Vorjahren auch in den „kleinen mündlichen Prüfungen in schriftlicher Form“ erwartet. Im Ergebnis sind auch die „kleinen“ Prüfungen umfangreicher und schwerer, gerade in der Oberstufe.



Dabei sind im Alltag, wie oben dargestellt, die Möglichkeiten das Grundwissen einzuüben sehr gering, weil der Stoffplan keine Zeit zur Vertiefung lässt.

Was ich für Englisch mit diesen Fakten belegen kann, gilt nach Aussage der Fachbetreuer auch für die anderen Fächer ähnlich. Demnach wurde bei den Lehrplankonferenzen eben nicht im Interesse der Belastung der Schüler der Stoff reduziert. Indirekt über die Zulassung von Lehrbüchern und die Verlagerung von Transparenz aus dem Lehrplan hin zu Büchern wurde Stofffülle in die Alltagsarbeit hineingepresst. Diese Aussage wiederholen die Praktiker (die auch politisch durchaus unverdächtig sind) immer wieder und stehen damit im Gegensatz zu dem, was von den Entscheidern im Ministerium gebetsmühlenartig vorgetragen wird. Für mich stellen die mir zugänglichen Unterlagen einen deutlichen Hinweis dar, dass der Lehrplan gegenüber dem G 9 eher ausgeweitet denn um ein 1/9, wie öffentlich behauptet wird, reduziert wurde. Die entsprechende Passage auf der Homepage des Kultusministeriums klingt für die Praktiker eher wie Zynismus.

Fazit ist für mich, dass die Schüler und Lehrer ebenso wie die seit Jahren in dieser Sache immer wieder aktiven Eltern Recht haben. Das G 8 hat nicht nur eine Anhebung der Stunden sondern auch eine entsprechend mindestens linear angestiegene Ausweitung der Belastungen gebracht. Wahrscheinlich dürfte die Belastung sogar noch mehr als linear angestiegen sein, da die Stofffülle eher zunahm.

Aus diesem Grund ersuche ich Dich dringendst, gegenzusteuern. Aus den Gesprächen kann ich Dir folgende Vorschläge weitergeben:

1. Warum müssen die großen schriftlichen Leistungsnachweise auch in sogenannten „Rand“-fächern verbindlich vorgegeben werden? Eine vergleichbare Note für Religion, Musik oder Kunst könnte sich ausschließlich aus kleinen Leistungsnachweisen bzw. mündlichen Noten zusammensetzen.
2. Die aktuell in der Oberstufe befindlichen Jahrgänge haben nichts davon, wenn in ein oder zwei Jahren die Stofffülle reduziert wird. Deshalb wird angeregt, den Stoff des Abschnittes 12/II ersatzlos zu streichen, um den Schulen die Möglichkeit zu geben, den restlichen Stoff der anderen drei Semester entsprechend zeitlich zu strecken. Dies müsste natürlich auch für die Abituraufgaben gelten.
3. Die Progression in den Sprachen muss ab der 5. Klasse gestreckt werden. Dies lässt sich evtl. dadurch verwirklichen, dass die Inhalte der 10. Klasse deutlich reduziert werden und für die Jahre 5 – 9 die in den Büchern enthaltenen Abschnitte jeweils um 1/10 in das nächste Schuljahr verlegt werden. Auf diese Weise würde die gesamte Stofffülle insgesamt um ein halbes Jahr gestreckt. Die Schulen hätten die Möglichkeit, in den jeweiligen Jahren sowohl die Anzahl der Vokabeln als auch die Hausaufgaben und Nachbereitungsverpflichtungen deutlich zu reduzieren. Ähnliche Vorgaben könnten auch für Naturwissenschaften und andere Fächer vorgenommen werden.
4. Grundsätzlich wäre zu überlegen, ob die bisherige Form der Lehrplanerarbeitung und insbesondere die Fragen der Lehrbuchzulassung vollständig verändert werden? Eine Einbeziehung von Eltern und Schülervertretern könnte die reine Fachblindheit eventuell



etwas vermindern. Jedenfalls empfinde ich die Rolle des Staatsinstituts und der einschlägigen Abteilungen des Ministeriums als sehr kritisch.

5. Es ist der Vorschlag zu prüfen, in den Klassen 1 – 10 die zu erbringenden 5 Wahlpflichtstunden auch durch regelmäßige Teilnahme an einem Training eines BLSV-Vereines oder am Unterricht einer anerkannten Musikschule erbringen zu dürfen.

Ich sehe dieses Vorbringen als persönliche Wiedergabe der hier vor Ort entstehenden allgemeinen Stimmungslage. Bei aller Beschäftigung mit der Mittelschule, das Thema G 8 ist mangelhaft gelöst und muss entschlossen ausgebessert werden. Ich bitte Dich dringlich, möglichst schnell für Entlastung zu sorgen.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Klemens Gsell